

Für alle Bereiche des Lebens zuständig



Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit

Seit 30. Oktober 2008 ist er jetzt im Amt – der Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit Dr. Markus Söder. Ein erstes Gespräch über die wichtigsten bayerischen Gesundheitsthemen.

Wir erleben derzeit einen spendablen Staat mit Bankenrettungspaket und Konjunkturprogramm – bleibt da noch Geld für die Gesundheit?

Söder: Es ist mir ein Anliegen, die Ärzte in Bayern wieder stärker zu unterstützen. Ich bekenne mich zu dem freien Beruf des Arztes. Daher müssen auch die bayerischen Ärzte für ihre Leistungen angemessen vergütet werden. Durch die Honorarreform konnten wir bereits die Honorare der Kassenärzte ab 2009 deutlich steigern. Die rund 150 000 niedergelassenen Kassenärzte bekommen so vom nächsten Jahr an fast 2,7 Milliarden Euro mehr.

Bayern ist Gesundheitsland Nummer 1. Wir haben leistungsfähige, wohnortnahe Krankenhäuser, flächendeckende ambulante Versorgung durch Haus- und Fachärzte, freie Arztwahl für Patienten und unsere Gesundheitsinitiative „Gesund.Leben.Bayern.“ mit zahlreichen Projekten zur Gesundheitsvorsorge. Diese Position wollen wir weiter ausbauen. Daneben ist mir vor allem der Abbau der wachsenden Bürokratie ein zentrales Anliegen.

Wie sehen Sie die Einführung des Gesundheitsfonds?

Söder: Wir werden den Gesundheitsfonds von Bayern aus kritisch begleiten. Schwerpunkt in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird sein, die flächendeckende hausärztliche und fachärztliche Versorgung vor Ort zu stärken. Hierzu gehört auch die Besinnung auf den

Wettbewerb, auf Eigenverantwortung und Subsidiarität. Undifferenzierte und zentralistische Bestrebungen sind der falsche Weg. Sollte sich herausstellen, dass der Fonds ein Schritt zur reinen Staatsmedizin ist, werden wir nachhaltig korrigieren müssen. Vor allem die beginnende Rezession macht mir Sorgen. Sollte sich der Beitragssatz bei 15,5 Prozent nicht halten lassen, dürfen darunter nicht die Ärzte und Patienten leiden.

Die Krankenhäuser – auch die bayerischen – haben erhebliche Finanzierungsprobleme, gerade was die Betriebs- und Personalkosten betrifft. Was werden Sie unternehmen?

Söder: Die Länder haben sich im Bundesrat erst kürzlich erfolgreich für die Krankenhäuser eingesetzt. Wir haben erreicht, dass den Krankenhäusern rund die Hälfte der Tarifsteigerungen finanziert wird und der Sanierungsbeitrag Geschichte ist. Durch diese Finanzreform bekommen die bayerischen Krankenhäuser 2009 voraussichtlich 430 Millionen Euro mehr. Der Bund muss nun das Gesetzgebungsverfahren zügig zu Ende zu bringen, damit die Entlastungen so schnell wie möglich wirksam werden.

Bevorzugen Sie eine monistische oder duale Krankenhausfinanzierung?

Söder: Eindeutig das bestehende duale System. Deshalb haben wir in Bayern eine international konkurrenzfähige Krankenhausversorgung und ausreichend stationäre Versorgungskapazitäten

mit der lebenswichtigen Notfallversorgung – insbesondere auf dem Land. Bayern hat dafür immer ausreichend Fördermittel bereitgestellt: Seit 1972 über 18 Milliarden Euro. Zudem wurde der Krankenhausförderetat um 25 Millionen Euro auf ca. 478 Millionen Euro im Nachtragshaushalt erhöht.

Doch auch die Patientenversorgung durch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ist unterfinanziert. Stichworte sind hier Honorarreform und GOÄ-Novelle – was steht an?

Söder: Die Honorarreform für die Vertragsärzte tritt am 1. Januar 2009 in Kraft. Bei ihrer Erarbeitung hat Bayern zwei berechtigte Anliegen der Ärzteschaft durchsetzen können: Kalkulationssicherheit für die Praxen und den Übergang des Morbiditätsrisikos auf die Krankenkassen. Jetzt werden wir kritisch beobachten, ob die Honorarreform die in sie gesetzten Erwartungen auch erfüllt.

Die vom Bund angekündigte Novellierung der Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) ist längst überfällig. Eine eigenständige amtliche Gebührenordnung als Vergütungsgrundlage für privatärztliche Leistungen ist ein unverzichtbares Wesensmerkmal für den freien Beruf Arzt. Deshalb darf es nicht eine pauschale Angleichung der Gebührensätze an den einheitlichen Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen geben. Falls die Bundesgesundheitsministerin eine solche Angleichung vornehmen will, werden wir uns entschieden widersetzen.

Wie stehen Sie zur wohnortnahen hausärztlichen Versorgung in Bayern?

Söder: Die wohnortnahe Versorgung hat höchste Priorität. Dazu gehören für mich die Versorgung durch Hausarzt und Facharzt. Ich halte es für ein falsches Signal, die fachärztliche Versorgung immer stärker allein in Kliniken und Medizinischen Versorgungszentren konzentrieren zu wollen. Denn sonst besteht die Gefahr, dass der Arzt zum bloßen Angestellten eines Gesundheitskonzerns mit eingeschränkter Therapiefreiheit wird. Selbstverständlich müssen wir bei der Organisation der ärztlichen Versorgung neben den Wünschen der Patienten, auch die beruflichen Perspektiven der Ärzte und Ärztinnen stärker in den Mittelpunkt rücken. Gerade Ärztinnen werden in Zukunft einen erheblichen Teil der ärztlichen Versorgung übernehmen. Ihnen müssen Arbeitsbedingungen angeboten werden, die Arbeit und Familie vereinbaren lassen.

Glauben Sie an eine flächendeckende fachärztliche Versorgung im Freistaat?

Söder: Wir haben in Bayern eine flächendeckende fachärztliche Versorgung und wollen sie auch in Zukunft. Bayernweit sind 2008 im ambulanten Bereich über 50 000 Ärzte und 10 000 Zahnärzte tätig. Die Praxen befinden sich nicht nur in den Städten, sondern flächendeckend im ganzen Land. So kann jeder Bürger innerhalb kürzester Zeit medizinisch versorgt werden. Eine flächendeckende ambulante Versorgung durch Fach- und Hausärzte sowie die freie Arztwahl soll auch in Zukunft ein tragender Pfeiler der Patientenversorgung in Bayern bleiben. Die Bayerische Staatsregierung wird sich deshalb weiterhin auch für die Aufgabe der Budgetbeschränkung niedergelassener Zahnärzte einsetzen.

Nachwuchsförderung ist ein Top-Thema bei den Ärztinnen und Ärzten. Haben Sie da gewisse Fördermaßnahmen geplant?

Söder: Für junge Mediziner ist die Situation ungenügend, hier werden wir uns in Zukunft besonders einsetzen müssen. In Bayern sind die Probleme der Nachwuchsförderung seit längerem Thema im Expertenforum „Zukunft der niedergelassenen Ärzte – Sicherheit für die Patienten in Bayern“. Eine der Überlegungen ist die konditionierte Vergabe von Medizinstudienplätzen.

Wie wird es mit dem Nichtraucherschutz in Bayern weitergehen?

Söder: Der Nichtraucherschutz hat nach wie vor höchste Priorität. Alle öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel bleiben rauchfrei. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen bleibt weiter hoch. Insoweit bleibt es beim Rauchverbot in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und andere. Durch die neuen Regelungen, die wir als Eckpunkte im Koalitionsvertrag vereinbart haben, wird gewährleistet, dass es in der Praxis einen effektiven Nichtraucherschutz mit bundesweit vergleichbaren Regelungen gibt. Für die Gastronomie will Bayern eine praktikable und vollziehbare Lösung, wir arbeiten möglichst zügig an einem Gesetzentwurf.

Wo werden Sie künftig Ihren Schwerpunkt setzen: im Gesundheits- oder im Umweltbereich?

Söder: In beiden Bereichen, denn Gesundheit und Umwelt gehören zusammen. Das neue Ministerium ist für alle Bereiche des Lebens zuständig, von der sauberen Luft bis zur Gesundheit der Menschen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat es deshalb „Lebensministerium“ genannt, der Begriff gefällt mir.

Danke für das Gespräch.

Die Fragen stellte Dagmar Nedbal (BLÄK)

Anzeige

PVmedis AG
Unternehmensgruppe PVS Rhein-Ruhr

Professionelles
Abrechnungs- und Forderungsmanagement
für Ärzte

Sondergebühren
bei der IGeL-Abrechnung

- Abrechnung
- Inkasso
- Vorauszahlung
- Korrespondenz
- Gebührenrecht

Widenmayerstr. 17
80538 München

Tel.: 0 89/20 00 15 21 - 0
Fax: 0 89/20 00 15 21 - 9

info@pvmedis.de
www.pvmedis.de